Sachdokumentation:

Signatur: DS 745

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/745

Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Actares

AktionärInnen
für nachhaltiges
Wirtschaften

Politische Spenden von Unternehmen im Swiss Market Index 2015 & 2016

Das Wichtigste in Kürze

Actares fragte die Mitglieder[1] des Swiss Market Index (SMI) - ob und in welchem Umfang sie 2015 und 2016 politische Spenden tätigten. Darunter fallen Beiträge an politische Parteien, Kandidierende, Abstimmungskomitees sowie an die politische Arbeit von Verbänden. Dies ist die fünfte solche Umfrage von Actares nach 2007, 2010, 2013 und 2015.

Die wichtigsten Erkenntnisse:

- SMI-Unternehmen kommunizieren am transparentesten zu Pauschalbeiträgen an politische Parteien, am intransparentesten zu Beiträgen an konkrete politische Kampagnen.
- Sämtliche Finanzunternehmen im SMI unterstützen politische Parteien.
- Nur zwei Unternehmen - Adecco und Swatch Group - waren 2015/16 komplett politisch abstinent.
- Kein Unternehmen spricht sich für eine Offenlegungspflicht aus.

Eine Synopse der Antworten und der Fragebogen finden sich im Anhang.

[1] Normalerweise enthält der Swiss Market Index 20 Unternehmen. Im Laufe des Jahres 2017 sind aber zwei Unternehmen, Actelion und Syngenta, ausgeschieden und zwei neue, Lonza und Sika, aufgenommen worden. Die vorliegende Umfrage schloss alle 22 Unternehmen mit ein, die 2017 Teil des SMI waren.

Die Ergebnisse im Detail

Vor allem die Finanzbranche spendet an politische Parteien

Politische Parteien - de facto *bürgerliche* Parteien - erhalten vor allem aus der Finanzbranche finanzielle Unterstützung. Sämtliche im Swiss Market Index (SMI) aufgeführten Banken und Versicherungen spenden an politische Parteien:

Credit Suisse will mit ihren Beiträgen das Schweizer Milizsystem unterstützen und spendet deshalb an alle Parteien, die sich um einen Beitrag bewerben und in der Bundesversammlung mit Fraktionsstärke vertreten sind - unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung. Die Höhe des Beitrags an einzelne Parteien bemisst sich nach deren Anzahl Sitze in der Bundesversammlung und in Kantonsparlamenten. Insgesamt stellt Credit Suisse für die Parteifinanzierung bis zu einer Million Franken zur Verfügung.

UBS stellt ähnliche Bedingungen wie Credit Suisse: Fraktionsstärke in der Bundesversammlung oder Vertretung in mindestens einem kantonalen Parlament. Im Gegensatz zu Credit Suisse verlangt UBS aber, dass die unterstützten Parteien sich "zu den Prinzipien des Wettbewerbs und der Marktwirtschaft bekennen". Von der Unterstützung der UBS profitiert haben 2015 und 2016 die Parteien SVP, FDP, CVP, BDP und GLP, jeweils gemäss ihrer Anzahl Parlamentssitze auf Bundes- und Kantonsebene. Insgesamt erhielten diese Parteien CHF 1.6 Millionen im Wahljahr 2015 und CHF 0.7 Millionen im Jahr 2016.

Julius Bär gab keine Pauschalbeiträge an Parteien, aber unterstützte im Jahr 2015 ein Symposium der FDP mit CHF 10'800 und zwei Projekte der CVP mit CHF 10'000 bzw. 1'500.

Swiss Life spendete 2016 CHF 500'000 an "bürgerliche Parteien". (Das Unternehmen schliesst in diesem Betrag nicht nur die pauschale Unterstützung von Parteien mit ein, sondern auch von "einzelnen Kandidaten" und "vereinzelten politischen Kampagnen".)

Swiss Re unterstützt "Organisationen und Aktivitäten", die "die wirtschaftspolitischen Interessen der Versicherungswirtschaft im Allgemeinen und von Swiss Re im Besonderen vertreten und fördern" mit Zuwendungen, die sich "in engen Grenzen" halten. Mehr will das Unternehmen nicht preisgeben.

Zurich spendet an Parteien, die sich grundsätzlich für "eine funktionierende Marktwirtschaft" und "attraktive Rahmen- und Standortbedingungen" einsetzen und die bei Sachfragen die Interessen der Versicherungswirtschaft berücksichtigen. In den Jahren 2015 und 2016 waren dies jeweils Summen von nicht mehr als CHF 500'000.

Ausserhalb der Finanzbranche sind es nur drei weitere Unternehmen, die an politische Parteien spenden:

Novartis hat 2016 rund USD 620'000 an Schweizer Parteien gespendet. Die Richtlinien des Unternehmens sehen Unterstützung für Parteien vor, deren Politik sich mit den strategischen Interessen von Novartis deckt.

Roche spendete 2016 einen Betrag von gegen CHF 270'000 an politische Parteien, pro Partei jeweils einen "niedrigen fünfstelligen" Betrag. Kriterium für Unterstützung ist die Überein-

stimmung der Parteien mit den Interessen von Roche, unabhängig der parteipolitischen Ausrichtung.

Nestlé unterstützte "wirtschaftsfreundliche" Parteien 2016 mit CHF 220'000 und im Jahr davor mit CHF 250'000.

Julius Bär, Novartis, Zurich, Syngenta und UBS geben an, die Parolenfassung von Parteien oder das Abstimmungsverhalten des Bundesparlaments zu verfolgen, die einen systematisch, die anderen eher nebenbei. Kein Unternehmen macht seine Unterstützung von Parteien aber abhängig von deren Positionen zu konkreten Fragen. Vielmehr stützen sie sich auf Parteiprogramme und die Positionierung von Parteien über einen längeren Zeitraum.

Einzelne Kandidierende werden nur in Ausnahmefällen unterstützt

Novartis unterstützt grundsätzlich keine einzelnen Kandidaturen, ausser es handle sich dabei um eigene Mitarbeiter. Im Zeitraum 2015-16 war dies zweimal der Fall.

Auch **Credit Suisse** unterstützte im Wahljahr 2015 Angestellte, die fürs Bundesparlament kandidierten, mit einem "bescheidenen Anteil" an ihre Wahlkampfausgaben.

Unterstützung erhalten Kandidierende möglicherweise auch von **Swiss Life** und **Swiss Re**. Die beiden Unternehmen unterschieden in ihren Antworten an Actares aber nicht klar zwischen ihren Beiträgen an Parteien, Kandidaten und Kampagnen.

Sehr viel verbreiteter als Spenden an Kandidierende sind flexible Arrangements für Angestellte, die ein politisches Amt ausüben. Sieben Unternehmen - **Credit Suisse**, **UBS**, **Julius Bär**, **Lonza**, **Novartis**, **Syngenta** und **Swisscom** - gaben an, dass ihre Angestellten einen Teil ihrer Arbeitszeit für ein politisches Amt verwenden dürfen - bei Credit Suisse sind es bis zu 20 Prozent. Die beiden Grossbanken organisieren zudem ein jährliches Treffen ihrer Mandatsträger. Bei Credit Suisse sind das etwa 370 Angestellte, bei UBS etwa 300.

Die meisten Unternehmen spenden an Verbandskampagnen und Abstimmungskomitees - sagen aber nicht wofür und wieviel

Aus der Umfrage von Actares geht hervor, dass mehr Unternehmen an Abstimmungskomitees und/oder an Kampagnen von Verbänden spenden als politische Parteien mit Pauschalbeiträgen zu unterstützen. Hier geht es in der Regel um konkrete politische Anliegen, nicht nur um die pauschale Unterstützung wirtschaftsfreundlicher Parteien. Bei diesem Thema geben sich die Unternehmen viel zugeknöpfter, auch die, die transparent über ihre Parteispenden berichten.

Als einziges Unternehmen nennt **Julius Bär** Zahlen zu den Spenden für Abstimmungskämpfe: Die FDP wurde in ihrer Kampagne gegen die Durchsetzungsinitiative mit CHF 50'000 unterstützt, die CVP erhielt CHF 20'000 für ihre Kampagne zugunsten der Unternehmensteuerreform III. Kleinere Beträge spendete Julius Bär für lokale Anliegen: CHF 4'000 an das Komitee "Pro Flughafen", CHF 5'000 an das Zürcher Komitee "Ja zum Gotthard" und CHF 5'000 an den "Kampffonds" für Verkehrswege der City Vereinigung Zürich.

Alle übrigen Unternehmen geben kaum Details bekannt. **Swisscom** gibt einen nicht zweckgebundenen Beitrag an den Kampagnenfonds von Economiesuisse. **Novartis**, **Swiss Life**, **Syngenta** und **Zurich** legen offen, dass sie bei der Finanzierung von Verbandskampagnen mithelfen. **Geberit** hat im Jahr 2016 ein Abstimmungskomitee unterstützt, bezeichnet dies aber als "Ausnahmefall" - das Unternehmen ist sonst politisch abstinent. Über Inhalte und Beträge will keines dieser Unternehmen sprechen.

Bei weiteren Unternehmen tönt es noch unbestimmter: **Lonza** "kann sich aktiv an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen", "direkt oder durch Branchenverbände" - und **Roche** "bringt Anliegen in Verbände ein".

Von den Unternehmen, welche die Frage nach Unterstützung von Komitees und Kampagnen beantwortet haben, gibt nur UBS ein klares Nein: Abstimmungskomitees würden nicht unterstützt und Beiträge an Verbände beschränkten sich "grundsätzlich auf die Entrichtung der Mitgliedergebühren".

Fazit: Die Unternehmen spenden gerne diskret. Actares verlangt mehr Transparenz

Der Vergleich mit früheren Actares-Umfragen zu politischen Spenden zeigt, dass die Situation weitgehend stabil ist. Die Unternehmen, die 2015/16 an politische Parteien spendeten, sind genau die gleichen wie in den Jahren 2013/14. (Neu hinzugekommen ist Swiss Life, ein Unternehmen, das erst seit 2016 dem SMI angehört.)

Während SMI-Unternehmen seit längerem offenlegen, nach welchen Kriterien sie Parteien unterstützen und wieviel sie dafür aufwenden, sind Verbände immer noch eine Dunkelkammer. Es wird bestenfalls mitgeteilt, dass Verbände Beiträge für ihre politische Arbeit erhalten, die über Mitgliedsgebühren hinausgehen. Aber bei welchen politischen Kämpfen die Verbände finanziell unterstützt werden und mit welchen Beträgen, dazu gibt es so gut wie keine Informationen.

Als Motivation dafür, politische Parteien oder Aktivitäten zu finanzieren, geben viele Unternehmen an, das Schweizerische Milizsystem im Allgemeinen unterstützen zu wollen. Die meisten politisch aktiven Unternehmen geben aber auch zu, ihren geschäftlichen Interessen Geltung zu verschaffen - zum Teil werden sie sehr konkret: Swiss Life etwa erhofft sich "eine deutliche Reduktion der überhöhten Kapitalanforderungen für Schweizer Versicherungen".

Alle Unternehmen haben Richtlinien zum Umgang mit politischen Spenden, etwa die Hälfte davon macht diese Richtlinien öffentlich, aber alle lehnen eine gesetzliche Pflicht zur Offenlegung politischer Spenden ab. Dies weil das Schweizerische politische System auf dem Milizgedanken beruhe und der Beitrag von Privaten und deren Bedürfnis nach Privatsphäre wesentlich sei. Einzelne befürchten auch, dass eine Offenlegungspflicht den Weg zu einer staatlichen Parteifinanzierung ebnen könnte. Die ideelle Unterstützung fürs Milizsystem und die daraus abgeleitete Legitimation für ein Spendengeheimnis zeigen, dass SMI-Unternehmen auch weiterhin politisch Einfluss nehmen möchten - aber möglichst diskret.

Actares ist nicht grundsätzlich gegen eine politische Einflussnahme von Unternehmen, vor allem wenn es um die Wahrung ihrer Interessen geht. Actares fordert aber mehr Transparenz[2] und einen

[2] Die Transparanz bezüglich Spenden ist möglicherweise auch bei anderen Akteuren im politischen Betrieb ungenügend. Als Organisation von Aktionärinnen und Aktionären liegt der Fokus von Actares aber auf dem Verhalten von börsenkotierten Unternehmen.

Einbezug des Aktionariats, damit Unternehmen nicht politische Positionen vertreten, die den Interessen des Aktionariats widersprechen - wie geschehen bei der eidgenössischen Volksinitiative "gegen die Abzockerei" im Jahr 2013. Ein Unternehmen sollte auch bei politischen Fragen den Puls des Aktionariats fühlen. Die Führung eines Unternehmens mag sich gegen jegliche zusätzliche Regulierung sträuben, im Aktionariat ist dies aber nicht immer der Fall. Eine Probe aufs Exempel wird die Konzernverantwortungsinitiative[3] bieten, die in näherer Zukunft vors Volk kommt und die von vielen Aktionärinnen und Aktionären - auch von Actares - unterstützt wird.

Wenn ein Unternehmen nicht politisch abstinent sein will, fordert Actares deshalb einen transparenten Umgang mit politischen Spenden:

- Detaillierte Richtlinien zu politischen Spenden, die dem Aktionariat zur konsultativen oder bindenden Abstimmung vorgelegt werden.
- Budgets für politische Spenden, die dem Aktionariat zur konsultativen oder bindenden Abstimmung vorgelegt werden.
- Eine detaillierte nachträgliche Offenlegung von Adressaten und Beträgen, so dass das Aktionariat in Kenntnis der Fakten Fragen stellen und künftige Entscheide treffen kann.

Actares, Oktober 2017

[3] http://konzern-initiative.ch/

Anhang 1: Synopse der Antworten

Firma	Parteien (Frage 1)	Kandidierende[4] (Frage 3)	Monitoring (Fragen 13+14)	Komitees (Frage 7)	Verbände (Fragen 9+11)	Richtlinien (Frage 15)	...öffentlich? (Frage 16)	Offenlegungspflicht (Frage 18)
ABB	NEIN	NEIN	–––	NEIN	(JA)	JA	NEIN	–––
Adecco	NEIN	NEIN	–––	NEIN	NEIN	JA	NEIN	–––
Credit Suisse	JA	(NEIN)	–––	NEIN	JA	JA	JA	NEIN
Geberit	NEIN	NEIN	–––	JA	NEIN	–––	–––	–––
Julius Bär	JA	NEIN	JA	JA	JA	JA	NEIN	NEIN
LafargeHolcim	NEIN	NEIN	–––	(NEIN)	JA	JA	JA	–––
Lonza	NEIN	NEIN	–––	NEIN	JA	JA	–––	–––
Nestle	JA	–––	NEIN	–––	(JA)	JA	NEIN	NEIN
Novartis	JA	JA[5]	JA	NEIN	JA	JA	JA	NEIN
Roche	JA	NEIN	–––	–––	(JA)	–––	–––	NEIN
Swatch Group	NEIN	NEIN	–––	NEIN	NEIN	–––	–––	–––
Swiss Life	JA?	JA?	–––	JA?	(JA)	JA	NEIN	–––
Swiss Re	JA?	JA?	–––	JA?	JA?	JA	NEIN	NEIN
Swisscom	NEIN	NEIN	JA	NEIN	JA[6]	JA	NEIN	NEIN
Syngenta	NEIN	NEIN	JA	NEIN	JA	JA	JA	NEIN
UBS	JA	NEIN	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	NEIN
Zurich	JA	NEIN	JA	JA?[7]	(JA)	JA	JA	–––

Bemerkungen

- Zur Erklärung der Kolonnentitel siehe Fragebogen im Anhang 2.
- Von 22 angefragten Unternehmen (siehe Fussnote 1) beteiligten sich 17 an der Umfrage. Nicht geantwortet haben: Actelion, Givaudan, Richemont, SGS und Sika.
- Ein Strich (–––) signalisiert, dass die Frage entweder nicht oder unklar beantwortet wurde. Ein JA oder NEIN in Klammern bedeutet, dass diese Antwort nur impliziert wurde, ein Fragezeichen (JA?), dass pauschal von politischen Spenden gesprochen und nicht klar zwischen Beiträgen an Parteien, Kandidierende, Komitees oder Verbänden unterschieden wurde.

[4] **Kandidierende**: Zeitspenden sind hier nicht berücksichtigt.
[5] **Novartis**: An kandidierende Mitarbeiter.
[6] **Swisscom**: Nicht für einzelne Kampagnen, aber ein Betrag an den Kampagnenfonds von Economiesuisse.
[7] **Zurich**: "Nur in gravierenden Fällen" – nicht klar, ob dies 2015/16 der Fall war.

Anhang 2: Fragebogen zum politischen Engagement von FIRMA in der Schweiz

Spenden an Parteien

1 Hat FIRMA in den Jahren 2015 und 2016 an politische Parteien gespendet?
2 Wenn ja: An welche Parteien und welche Beträge?

Spenden an Kandidierende für ein nationales politisches Amt

3 Hat FIRMA in den Jahren 2015 und 2016 an Kandidierende gespendet? (Dies können sowohl angestellte wie nicht-angestellte Personen sein.)
4 Wenn ja: An welche Kandidierende und welche Beträge?
5 Dürfen Angestellte einen Teil ihrer Arbeitszeit für ein politisches Amt aufwenden?
6 Spielt es eine Rolle, für welche Partei Angestellte kandidieren bzw. aktiv sind?

Spenden an Abstimmungskomitees

7 Hat FIRMA in den Jahren 2015 und 2016 an Abstimmungskomitees gespendet?
8 Wenn ja: An welche Komitees und welche Beträge?

Spenden an Verbände

9 Hat FIRMA in den Jahren 2015 und 2016 an Verbände gespendet (über Mitgliedergebühren hinaus)?
10 Wenn ja: An welche Verbände und welche Beträge?
11 Waren unter diesen Spenden gezielte Beiträge an politische Kampagnen?
12 Wenn ja: Welche Kampagnen und welche Beträge?

Allgemeine Praxis & Richtlinien

13 Verfolgt FIRMA das Abstimmungsverhalten von Mitgliedern des nationalen Parlaments?
14 Verfolgt FIRMA die Parolenfassung von politischen Parteien bei Volksabstimmungen?
15 Gibt es bei FIRMA interne Richtlinien bezüglich Zuwendungen an politische Akteure?
16 Wenn ja: Sind diese Richtlinien öffentlich zugänglich?
17 Wenn ja: Welche Stellen innerhalb von FIRMA waren an der Erstellung dieser Richtlinien beteiligt und welche beteiligen sich an deren laufenden Anpassung?

Offenlegung

18 Würde FIRMA es begrüssen oder nicht, wenn Unternehmen verpflichtet wären, ihre Zuwendungen an politische Akteure offenzulegen? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.